

Niederschrift

der VIII/29. Sitzung

Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 14. Februar 2013
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:33 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum des Rathauses in Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Bernhard Halbe

Ausschussmitglieder

Alfons Brüggemann
Dieter Eickelmann
Ralf Fischer
Hubertus Heuel
Franz-Josef Klauke
Katja Lutter
Jürgen Meyer
Manfred Ochsenfeld
Franz-Josef Pape
Ludwig Poggel
Friedrich Freiherr von Weichs als Vertreter für Hans-Georg Bette
Werner Voss
Wilfried Welfens
Stefan Wiese

Von der Verwaltung

Beigeordneter Burkhard König
Stadtamtsrätin Elisabeth Hansknecht
Stadtangestellter Josef Schörmann
Stadtangestellter Berthold Vogt
Stadtforstoberamtsrat Siegfried Hunker bis TOP 2 nö. T.
Stadtamtmann Michael Lutter bis Ende öffentlicher Teil
Praktikantin Marie Steilmann

Schriftführerin

Stadtoberinspektorin Anja Lingemann

Aufgrund besonderer Einladung

Herr Heberling vom Hochsauerlandkreis - zu TOP 1 ö. T.

Entschuldigt fehlen

Meinolf Sternberg

sowie dessen Vertreter Jens Winkelmann

Zur Tagesordnung stehen:

A	ÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1.	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Spätverbindungen zu den Bahnhöfen Altenhundem und Meschede - Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion	VIII/912
2.	Erhöhung des Betriebskostenzuschusses und Änderung des Betriebsführungsvertrags mit der SauerlandBAD GmbH	VIII/914
3.	Übernachtungsabgabe in der Stadt Schmallenberg	VIII/858
4.	Neuverpachtung des Jagdbezirkes Bad Fredeburg I	VIII/907
5.	Jagdpachtangelegenheit; Eigenjagdbezirk Bödefeld-Freiheit II - Hastenberg-Nord	VIII/916
6.	Änderung einer Wegezweckbestimmung und Änderung des Rezesses in der Umlegungssache von Westfeld -W.533.- vom 06.12.1933 mit Übernahme einer Straßenteilfläche von der Beteiligtengesamtheit in der Umlegungssache Westfeld - Satzungserlass	VIII/901
7.	Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Werpe vom 08.12.1987 durch eine Änderungssatzung gem. § 58 Abs. 4 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) - Satzungserlass	VIII/902
8.	Vermarktung der Stadthalle Schmallenberg - Antrag der UWG-Ratsfraktion	mündl. Bericht
9.	Einrichtung eines Ausschusses oder Arbeitskreises für Genera- tionenfragen - Antrag der UWG-Ratsfraktion	mündl. Bericht
10.	Bericht der Verwaltung	
11.	Verschiedenes	
B.	NICHTÖFFENTLICHER TEIL	Vorlage:
1.	Veräußerung eines Bauplatzes im Baugebiet "Am Hahnenborn II", Stadtteil Schmallenberg	VIII/906
2.	Übernahme der Jagdhütte im Jagdbezirk Bad Fredeburg I	VIII/915
3.	Unbefristete Niederschlagung einer rückständigen Baugenehmi- gungsgebühr	VIII/905
4.	Bericht der Verwaltung	

5. Verschiedenes

Bürgermeister Halbe eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung trägt Herr Halbe vor, dass er mit Schreiben vom 08.02.2013 vorgeschlagen hatte, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt

**Anschaffung von Bekleidung für die Freiwillige Feuerwehr der
Stadt Schmallenberg
- Auftragsvergabe**

Vorlage VIII/928

zu ergänzen. Die Vorlage VIII/928 war dem Schreiben beigelegt. Vorgeschlagen werde, den Punkt als TOP 4 zu behandeln.

Des weiteren führt Herr Halbe aus, dass er mit Schreiben vom 12.02.2013 vorgeschlagen hatte, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt

Veräußerung einer Gewerbefläche im Stadtteil Schmallenberg **Vorlage VIII/929**

zu ergänzen. Die Vorlage VIII/929 war dem Schreiben beigelegt. Vorgeschlagen werde, den Punkt als TOP 5 zu behandeln. Die nachfolgenden Punkte würden sich entsprechend verschieben.

Bedenken gegen die vorgetragenen Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht erhoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

A. ÖFFENTLICHER TEIL

**TOP 1 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV);
Spätverbindungen zu den Bahnhöfen Altenhundem und Meschede
- Antrag der B'90/Die Grünen-Ratsfraktion** **VIII/912**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Halbe begrüßt zu diesem Punkt Herrn Heberling vom Hochsauerlandkreis, dem Aufgabenträger für den Bereich ÖPNV.

Herr Heberling geht zunächst auf die Strukturen im ÖPNV, die gesetzlichen Grundlagen, die Aufgaben der Zweckverbände und die Finanzierung ein und erläutert, dass der Nahverkehrsplan 2005 erstellt und 2012 ergänzt worden sei. Er informiert über das ÖPNV-Angebot in Schmallenberg, das sich auf Regionalbus- und Schnellbusachsen sowie Orts- und Schülerbusverkehr und Bürgerbusverkehr erstreckt. Insbesondere erwähnt er die Linien SB 9 und S 90 mit Verknüpfungen an die Schiene in Altenhundem und Meschede und teilt mit, dass nach Auffassung des Hochsauerlandkreises die Busverbindungen in den Hauptverkehrszeiten zwischen 8:00 und 20:00 Uhr recht gut seien; abends und an den Wochenenden gebe es Schwächen und nach den letzten Abfahrten der Busse an den Bahnhöfen Altenhundem und Meschede - werktags gegen 20:00 Uhr und samstags gegen 18:00 Uhr - gebe es kein Busangebot mehr, obwohl es noch ein Schienenangebot gebe. Daraufhin habe man sich die Ausstiegswahlen der Züge angesehen, die auch in der Anlage zur Vorlage dargestellt sind. Ergebnis sei, dass die Zahl der aus den Zügen aussteigenden Personen, die nach Schmallenberg wollen, überschaubar sei. So betragen die Ausstiegswahlen am Bahnhof

Altenhundem nach 20:00 Uhr montags bis donnerstags 3 Personen je Zug, freitags 6 Personen, samstags 5 Personen und sonntags 3 Personen. Seit längerer Zeit habe sich der Hochsauerlandkreis Gedanken gemacht, ob man eine Angebotsverbesserung herbeiführen könne. Dafür sei jedoch das Fahrgastpotential zu gering.

Herr Herberling führt weiter aus, dass eine Zunahme touristischer Angebote festgestellt worden sei. Aus diesem Grunde habe der Hochsauerlandkreis gemeinsam mit der Stadt Schmallenberg und der Busverkehr Ruhr-Sieg GmbH (BRS) Ende 2012 überlegt, ein Angebot auf die Beine zu stellen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Er erläutert, dass es ab dem Bahnhof Meschede von April bis Oktober sonntags den "Freizeitbus" gebe, der mit Fahrradanhänger fahre. Er glaube, dass die Nachfrage nach Schmallenberg recht hoch sein werde. Dieses Angebot solle im Rahmen des normalen ÖPNV-Angebots laufen, d. h. jeder könne es nutzen. Als S 90-Linie sei der "Fahrradbus" in Meschede an die Obere Ruhrtalbahn angebunden. Die Kosten für dieses Angebot werden auf ca. 50.000 €/Betriebsjahr geschätzt. Finanziert werden solle das Angebot in Form einer Mischfinanzierung durch den Hochsauerlandkreis und die Stadt Schmallenberg. Dieses Projekt sei auf vier Jahre angelegt. Der "Fahrradbus" solle am 28. April 2013 in Betrieb gehen. Bezüglich des Betriebs eines "Skibusses" im Winterhalbjahr werden noch Gespräche geführt.

Im Hinblick auf den Bahnhof Altenhundem sei es so, dass samstags und sonntags tagsüber ein gutes Angebot da sei, jedoch nicht mehr ab 20:00 Uhr. Deshalb habe der Hochsauerlandkreis mit den Verkehrsunternehmen gesprochen, um zu schauen, ob man ein Angebot schaffen könne. Mit der BRS sei abgestimmt, dass versucht werden solle, gemeinsam - Hochsauerlandkreis und Zweckverband Westfalen-Süd - Gespräche zu führen, um probeweise ein eingeschränktes Angebot zu schaffen. Konkret solle versucht werden, freitags um 22:00 Uhr und 24:00 Uhr und sonntags um 20:00 Uhr einen Kleinbus zu testen. Die von der BRS ermittelten Kosten belaufen sich auf ca. 15.000 €/Betriebsjahr. Diese 15.000 € habe der Hochsauerlandkreis so nicht, so dass man sehen müsse, mit allen Beteiligten den Betrag zusammenzubekommen.

Herr Meyer erklärt, dass die Fahrgastzahlen niedrig seien, sei klar; das sage schon das Bauchgefühl. Die Idee der B'90/Die Grünen-Fraktion gehe hin zum Anrufprinzip bzw. Sammeltaxi. Der Fraktion gehe es darum, zu checken, ob es Alternativen zum Linienangebot gebe.

Herr Heberling stellt dar, dass das Anrufsammeltaxi ein ständiges Angebot im Hochsauerlandkreis sei und erläutert dieses Angebot. Das Anrufsammeltaxi sei jedoch von der Produktion her das teuerste Angebot, was es im ÖPNV gebe und könne nur mit ortsnahen Taxiunternehmen umgesetzt werden. Anrufsammeltaxis seien kein Allheilmittel. Deshalb habe er hier das probeweise Angebot eines Kleinbusses vorgestellt.

Herr Poggel weist darauf hin, dass sonntags abends Züge in Altenhundem ankommen und moniert, dass dort der letzte Bus um 18:53 Uhr nach Schmallenberg fahre. Ein großes Problem sei zudem, dass der Bus nicht immer auf die Ankunft des Zuges warte. Da dies aber der letzte Bus nach Schmallenberg sei, könne man erwarten, dass er auf den Zug warte.

Dieses Problem ist Herrn Heberling bekannt. Er bedauert, dass es in Altenhundem kein entsprechendes Informationssystem zwischen Zug und Bus gebe und versichert, dass der Hochsauerlandkreis Kontakt zum Verkehrsverband Westfalen-Süd aufnehmen werde.

Herr Klauke nimmt Bezug auf den "Skibus" und erklärt, dass man Verkehrswege brauche, die auch direkt zu den Skigebieten führen. Hierzu teilt Herr Heberling mit, dass geplant sei, dass der "Skibus" über Osterwald zum Skigebiet Hunau fahren solle.

Herr Ochsenfeld kritisiert, dass die Skigebiete im Bereich Bödefeld mit der S 90-Linie sonntags nicht bedient werden; gerade sonntags sei dies aber wichtig.

Auf Nachfrage erläutert Herr Heberling, dass der "Fahrradbus" für den Sommer und der "Skibus" für den Winter vorgesehen sei und im 2-Stunden-Rhythmus fahren solle. Im Moment sei man dabei, die Finanzierungsmöglichkeiten für den Skibus auszuloten. In Winterberg gebe es bereits einen "Skibus", der von den Skiliftbetreibern finanziert werde.

Herr Halbe erklärt, dass damit die Chance und das Potential bestehe, den "Skibus" aus Süden über Schmallenberg und aus Norden über Bödefeld auf den Weg zu bringen. Er hoffe, dass die Hunau GmbH dies genauso sehe.

Herr Meyer schlägt vor, wegen des Angebots eines Anrufsammeltaxis vielleicht mit den Hotels zu sprechen, die ohnehin auch ihre eigenen Gäste von den Bahnhöfen abholen. Es gehe darum, erst einmal ein System zu finden.

Herr Heberling stellt fest, dass dies eine Frage der Finanzierung sei. 30.000 € seien nicht da. U. a. aus versicherungsrechtlichen Gründen müsse das Angebot in den ÖPNV eingebunden werden. Dazu gebe es Überlegungen, z. B. im Rahmen des Projekts "mobil 4 you".

Herr Poggel führt aus, dass ihm aufgefallen sei, dass Busfahren nicht gerade billig sei.

Herr Heberling erklärt, dass eine Einzelfahrkarte recht teuer sei, aber mit einer 4er Karte für vier Personen werde es deutlich billiger. Extrem teure Fahrpreise habe man immer bei Einzelfahrkarten.

Herr Brüggemann fragt nach, wer die Gäste am Bahnhof in Winterberg abhole. Herr Heberling informiert hierzu, dass dies der "Skibus" mache. Dieser nehme die Fahrgäste aus dem Zug am Bahnhof in Winterberg auf. Die Kosten übernehme die Touristik Winterberg, d. h. die Skiliftbetreiber. Die Fahrgäste lösen eine normale Fahrkarte und die Unterdeckung zahle der touristische Bereich.

Herr Halbe ist der Meinung, dass 15.000 € ein Betrag sei, bei dem es sich lohne, mit dem Hochsauerlandkreis und dem Kreis Olpe zu verhandeln. Das würde er gerne aufgreifen und er könne sich vorstellen, dass das Angebot eine gewisse Nachfrage erzeuge.

Abschließend erklärt Herr Halbe, dass zur S 90-Linie und zu den Abfahrtszeiten des "Skibusses" eine detaillierte Vorlage erarbeitet werde. Möglicherweise gehe auf Dauer im ÖPNV mehr, als das jetzige Angebot biete.

TOP 2 Erhöhung des Betriebskostenzuschusses und Änderung des Betriebsführungsvertrags mit der SauerlandBAD GmbH VIII/914

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Halbe teilt mit, dass Herr Eickelmann im Vorfeld der Sitzung drei Fragen gestellt habe und um Beantwortung in der Sitzung geben habe.

Herr Eickelmann formuliert sodann die folgenden drei Fragen:

- a) War die geplanten Steigerung der Wärmekosten in 2013 um 20.000 € bereits bei Entscheidung für die Umstellung auf Fernwärme vom Ebbinghof erkennbar und was sind die Gründe dafür?
- b) Ist die Fixkostenverteilung, die laut Vorlage VIII/914 erheblich zu der Kostensteigerung bei Strom und Wärme beiträgt, verursachergerecht? Wenn nein, warum nicht?

- c) Welcher Anteil des Betriebskostenzuschusses (geplant 2013: 450.000 €) entfällt auf das Hallenbad, welcher auf die Sauna und welcher auf das Freibad (ist nicht aus dem Wirtschaftsplan 2013 erkennbar)?

Herr König erläutert zu den Fragen a) und b), dass die Stadt mit der Ausschreibung "Wärmeversorgung Schulzentrum, Sauerlandbad und Akademie" im Jahre 2011 einen maximalen Wärmelieferpreis von 237.000 € vorgegeben habe. Die Ausschreibung erbrachte ein Ergebnis von 236.500 € und führte zur Auftragsvergabe an die SER (Stadtwerke Schmallenberg, Ebbinghof Biogas GmbH & Co. KG, RWE Energiedienstleistungen GmbH). Dieser Betrag gliederte sich in einen Grundpreis (ca. 125.000 €) und einen Mengenpreis (ca. 110.000 €). Während die Verteilung des Mengenpreises auf die versorgten Objekten sich aus der bezogenen Heizenergie ergebe, können zur Verteilung des Grundpreises verschiedene Schlüssel mit unterschiedlichen Belastungen für die Objekte herangezogen werden. Beispielhaft nennt Herr König die Schlüssel Anzahl der Gebäude, angeschlossene Grundfläche oder auch bezogene Wärmemenge. Man habe sich letztlich für den Schlüssel "bezogene Wärmemenge" entschieden; dieser bringe für das Sauerlandbad die beschriebene Belastung. Andererseits dürfe nicht verkannt werden, dass die Sauerlandbad GmbH vorsteuerabzugsberechtigt sei.

Herr Halbe ergänzt, dass die Mehrkosten beim SauerlandBAD aufgefangen werden durch Minderausgaben beim Schulzentrum Bad Fredeburg.

Zur Frage c) informiert Frau Hansknecht über folgende Zahlen:

Sauna 2012:

- Sauna-Besucher im SauerlandBAD im Jahr 2012 16.947; dies sind rund 12 % der Gesamtbesucher im SauerlandBAD (2012: insgesamt 140.606 Besucher im SauerlandBAD).
- Umsatzerlöse netto durch Eintritt und Gastro-Verzehr in der Sauna rund 200.000 €; dies sind rund 23 % vom gesamten Umsatzerlös in 2012 durch Eintritte und Verzehr ohne BKZ (2012: insgesamt: 874.154 €).
- Somit macht das SauerlandBAD mit nur rund 12 % der Besucher / die Saunabesucher im SauerlandBAD fast $\frac{1}{4}$ der Jahresumsatzerlöse im SauerlandBAD.
- Die Sauna hat eine große wirtschaftliche Bedeutung für das Gesamtergebnis des SauerlandBADes.

Freibad 2012:

- 46 Öffnungstage / 15.190 Besucher /
Umsatzerlöse netto durch Eintritt und Gastro-Verzehr: 64.017,79 €

Kostenaufstellung Wellenfreibad 2012	
Lohnkosten rund:	40.000,00 €
Reperaturen und Instandhaltungskosten	1.929,42 €
Stromkosten	20.905,73 €
Grundstücksaufwendungen	4.521,83 €
Reinigung	3.144,13 €
Telefon	618,48 €
Müllgebühren	569,54 €
Betriebsbedarf	2.020,26 €
Wasser	3.302,28 €
Abwasser	8.381,43 €
Nachzahlung für 2012	250,48 €
Chemikalien	6.193,75 €
Wasseruntersuchung	1.616,25 €
Wareneinsatz Gastro	10.393,94 €
Werbekosten	488,32 €
	104.335,84 €

Hinzu

kommt, dass in 2012 für das Freibad aus dem "1.000 €" Topf zusätzlich folgender Aufwand bezahlt wurde:

- rund 2.000 € netto für Fliesenreparaturen
- rund 19.000 € netto für die Sanierung des Schwimmmeisterstandes

Nach UWG-Antrag durch zusätzlich zur Verfügung gestellte Mittel:

- rund 10.000 € netto für eine neue Gastronomie-Hütte

Herr Eickelmann führt aus, dass Hintergrund seiner Fragen sei, dass aus dem Wirtschaftsplan nicht erkennbar sei, was auf welche Bereiche entfalle. Die Öffentlichkeit habe ein Anrecht zu erfahren, wo verlustträchtige Bereiche seien. Er regt an, im Wirtschaftsplan nicht fünf bis acht Jahre aufzulisten, sondern mehr relative Zahlen und technische Daten darzustellen.

Herr Halbe bemerkt, dass Ziel gewesen sei, den Wirtschaftsplan auf einer Seite abzdrukken. Bei der Darstellung von mehreren Jahren habe man so auch Abweichvarianten im Blick. Für eine intensivere jährliche Darstellung, in erster Linie im Beirat, sei er gerne bereit.

Herr Klauke legt dar, dass sich das Dach des SauerlandBADes für eine Photovoltaik- oder Solaranlage anbiete und fragt, warum nicht mehr in diese Richtung unternommen werde.

Herr König erläutert, dass eine Solaranlage mit dem günstigen Mengenpreis von 3,17 Cent pro kWh abgenommene Wärmemenge der Biogasanlage konkurreiere. Zudem habe sich die Stadt mit Wärmelieferungsvertrag zu einer Mindestabnahmemenge Wärme verpflichtet, die bei nennenswerten Erträgen einer Solaranlage wahrscheinlich unterschritten werde mit der Folge, dass trotz Solaranlage diese Mindestmenge zu bezahlen sei. Zur Photovoltaikanlage verweist Herr König auf die Anlage Mensa. Unter den dort gegebenen Bedingungen könne diese nicht wirtschaftlich geführt werden.

Herr Halbe bietet an, dem Beirat einen Bericht zum Thema Photovoltaikanlage vorzulegen.

Herr Wiese ist der Meinung, dass sich die Eigennutzung einer Photovoltaikanlage einigermaßen vernünftig darstellen lassen müsse.

Herr Meyer führt aus, dass es um 50.000 € gehe. Nach Außen müsse verständlich gemacht werden, dass 50.000 € mehr als Betriebskostenzuschuss gezahlt werde. Das sei für den Bürger nicht verständlich. Es müsste nach Außen getragen werden, dass die Mehrwertsteuer getragen werden müsse.

Herr Halbe führt als Gründe höhere Energiepreise und gleichbleibende Eintrittspreise an. Frau Hansknecht erläutert dazu die entsprechenden Zahlen.

Herr Pape erklärt, dass es ihm zu wenig sei, das Thema Photovoltaik- und Solaranlage nur im Beirat zu diskutieren. Herrn Haupt liege dazu ein Angebot vor. Aber die BFS-Fraktion habe nichts Konkretes auf den Tisch bekommen. Er ist weiter der Meinung, dass man an die Einnahmen ran müsse und schlägt vor, dass es, unter der Voraussetzung, dass keine Einnahmeverbesserung erzielt werden könne, bei der Erhöhung des Betriebskostenzuschusses um 50.000 € bleibe.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung bei 3 Enthaltungen einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt

- a) den Betriebskostenzuschuss an die SauerlandBAD GmbH ab dem Haushaltsjahr 2013 auf jährlich 450.000 € festzusetzen,
- b) § 4 Satz 1 des Betriebsführungsvertrags vom 12.12.2008 in Form eines Nachtragsvertrags entsprechend zu ändern.

TOP 3 Übernachtungsabgabe in der Stadt Schmallenberg

VIII/858

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt, die Entscheidung über die Einführung einer Übernachtungsabgabe in der Stadt Schmallenberg bis auf Weiteres zurückzustellen.

TOP 4 Neuverpachtung des Jagdbezirkes Bad Fredeburg I

VIII/907

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Herr Hunker erläutert die vorgeschlagene Revierabgrenzung anhand einer Übersichtskarte und beantwortet die aufgeworfenen Fragen. Diskutiert wird, dass im Rahmen der Neuausschreibung gemeinsame Angebote möglich sein sollen.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

1. Der Jagdbezirk Bad Fredeburg I wird in drei eigenständige Jagdbezirke aufgeteilt. Die neue Grenzföhrung ergibt sich aus der der Vorlage beigefügten Übersichtskarte. Im Hinblick auf die Weiterverpachtung werden die drei Reviere zum nächstmöglichen Zeitpunkt neu ausgeschrieben.
2. Der in der Übersichtskarte gekennzeichneten Angliederung von Flächen an die Nachbarreviere wird zugestimmt.

TOP 5 Jagdpachtangelegenheit; Eigenjagdbezirk Bödefeld-Freiheit II - Hastenberg-Nord

VIII/916

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt, den Eigenjagdbezirk Bödefeld-Freiheit II / Hastenberg-Nord für die Dauer von weiteren zwei Jahren als Verwaltungsjagd der Stadt Schmallenberg fortzuführen.

- TOP 6 Änderung einer Wegezweckbestimmung und Änderung des Rezesses in der Umlegungssache von Westfeld -W.533.- vom 06.12.1933 mit Übernahme einer Straßenteilfläche von der Beteiligtengesamtheit in der Umlegungssache Westfeld
- Satzungserlass** **VIII/901**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt, die Satzung über die Änderung einer Wegezweckbestimmung und Änderung des Rezesses in der Umlegungssache von Westfeld -W. 533. - vom 06.12.1933 zu erlassen und den Weg Gemarkung Oberkirchen, Flur 44, Flurstück 113 auf einer Länge von ca. 71 lfdm in Größe von ca. 645 m² in das Eigentum der Stadt zu übertragen.

- TOP 7 Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Werpe vom 08.12.1987 durch eine Änderungssatzung gem. § 58 Abs. 4 Flurbereinigungs-gesetz (FlurbG)
- Satzungserlass** **VIII/902**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Der Haupt- und Finanzausschuss schlägt der Stadtvertretung einstimmig folgende Beschlussfassung vor:

Die Stadtvertretung beschließt, die Satzung über die Änderung des Flurbereinigungsplanes der Flurbereinigung Werpe vom 08.12.1987 zu erlassen und den Weg Gemarkung Lenne, Flur 31, Flurstück 211 auf einer Teilfläche von ca. 85 m² einzuziehen sowie die verbleibende Wegeteilfläche in Größe von ca. 788 m² in das Eigentum der Stadt zu übertragen.

- TOP 8 Vermarktung der Stadthalle Schmallenberg
- Antrag der UWG-Ratsfraktion**

Herr Wiese erläutert den Antrag der UWG-Fraktion aus den Haushaltsplanberatungen. Subjektiv habe man das Gefühl, dass z. B. in der Konzerthalle Olsberg mehr laufe. Nach Meinung der UWG-Fraktion müssen für die Stadthalle Schmallenberg mehr Akzente gesetzt werden und eventmäßig müsse etwas laufen und nicht nur Trödelmärkte stattfinden. Es stelle sich die Frage, was man machen könne und er finde, dass aus dem Rathaus mehr kommen könne.

Herr Poggel regt an, zunächst einmal aufzulisten, was in den letzten Jahren in der Stadthalle passiert sei, auch objektiv im Vergleich mit anderen Hallen.

Herr Brüggemann führt aus, dass in der Stadthalle mehr los sei, als man hier glaube. Dort finden vielen Veranstaltungen statt, die die Ausschussmitglieder nicht mitbekommen. Er glaube, für größere Veranstaltungen werden die Besucher fehlen und es sei mit finanziellen Einbußen zu rechnen.

Herr Wiese erklärt, dass er einsehe, wenn einer sage, man solle es so lassen, wie es sei. Dann dürfe man sich aber nicht wundern, wenn gesagt werde, dass in Schmallingen die Bürgersteige hochgeklappt werden. Das Angebot von Herrn Poggel, zunächst zu sagen, was da sei, sei ein Anfang. Dann müsse man aber schauen, was man noch machen könne. Da solle eine Initiative kommen.

Herr Pape ist der Meinung, dass die Verwaltung fachlich mit der Vermarktung der Stadthalle überfordert sei; das müsse eine Managementgesellschaft machen. Vielleicht könne man sich in diese Richtung erkundigen; das wäre vielleicht ein Weg.

Herr Meyer stellt dar, dass man in Bezug auf Events im letzten Jahr über eine Zusammenarbeit mit Herrn Bette vom Lichtwerk gesprochen habe. Außerdem möchte er daran erinnern, dass in den vergangenen Jahren durchaus größere Events in der Stadthalle stattgefunden habe, z. B. ein BAP-Konzert und größere Gruppen hätten vor Jahren hier in Schmallingen ihre Tournee begonnen. Da habe das noch geklappt. Die Frage sei, warum heute nicht mehr.

Herr Halbe sieht dies begründet in massiven Preissteigerungen bei den Gagen und darin, dass die Bühne vergleichsweise klein sei.

Herr Lutter berichtet, dass die Konzerthalle Olsberg den Vorteil habe, dass dort mit Herrn Kemmerling ein Konzertveranstalter in der Nähe sei. Bei manchen Veranstaltungen sei die Stadthalle Schmallingen zu klein; die maximale Zuschauerkapazität betrage 2.100 Personen. Zur Auslastung der Stadthalle teilt er mit, dass 2012 neben vielen kleineren Veranstaltungen 12 Trödelmärkte dort stattgefunden haben; das sei die größte Einnahmequelle.

Zu Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Lichtwerk informiert Herr Halbe, dass Gespräche mit Herrn Bette stattgefunden haben und vier Konzerte angedacht gewesen seien. Aus Sicht der Verwaltung bestehe die Bereitschaft, aber Herr Bette habe dies nicht weiter aufgegriffen.

Herr Welfens meint, dass eine Kosten-/Nutzenanalyse für die letzten zwei Jahre auf den Tisch müsse.

Herr Halbe wirft als zweite Frage auf, die Kurhausbetriebsgesellschaft mit in die Gesamtschau zu nehmen und diese gemeinsam zu nutzen. Einwände werden nicht erhoben, so dass Herr Halbe zum weiteren Vorgehen zusammenfasst, dass ein Programm mit Aufstellung der Veranstaltungen sowie Kosten und Nutzen zusammengestellt und Kontakt zur Kurhausbetriebsgesellschaft aufgenommen werde, um dann erneut zu diskutieren.

TOP 9 Einrichtung eines Ausschusses oder Arbeitskreises für Generationenfragen

- Antrag der UWG-Ratsfraktion

Herr Wiese führt aus, dass die UWG-Fraktion einen Arbeitskreis bevorzugen würde und keinen neuen Ausschuss installieren wolle. Das Gefühl sage ihm, dass diese Dinge für die

Zukunft wichtig seien. Er zählt eine Vielzahl von Punkten betreffend Generationenfragen und demografischen Wandel auf, die seiner Meinung nach nicht in diesem Ausschuss behandelt werden können. Vielmehr seien dies Dinge, die von einer Arbeitsgruppe aufgegriffen werden sollten, die dann vielleicht dem Haupt- und Finanzausschuss Vorschläge unterbreiten könne. Das Thema müsse dann dem Amt für Stadtentwicklung zugeordnet werden.

Herr Halbe verweist auf das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) und verdeutlicht, dass die gedankliche Vorarbeit auf vielen Feldern bereits geleistet worden sei.

Herr Pape erklärt, dass man sich dem demografischen Wandel stellen und sich damit beschäftigen müsse.

Herr Wiese fragt, ob man das denn tue und z. B. im Bereich Gebäudemanagement die Frage stelle, ob die Stadt noch alle Schulen brauche.

Herr Halbe ist der Meinung, dass dies das Tätigkeitsfeld der Ausschüsse sei und diese das auch aufgreifen.

Herr Wiese stellt dar, dass die Frage sei, ob das große Ganze aufgegriffen werde.

Herr Poggel erklärt, dass man sich dem Thema ständig stellen müsse und er Herrn Pape folgen würde. Dies sei eine Aufgabenstellung, der man sich ständig stellen und sie intensivieren müsse. Aber ob es zwingend notwendig sei, dafür einen Arbeitskreis zu bilden, das wisse er nicht.

Herr Pape bemerkt, dass vielleicht nur die große Klammer fehle.

Herr Eickelmann legt dar, dass das Thema eine langfristige strategische Aufgabe sei. Er befürchte, dass keine Koordination erfolge. Die Thematik solle koordiniert werden.

Frau Lutter erklärt, dass die große Klammer das ISEK sein solle.

Herr Halbe führt aus, dass vieles schon im Rat zusammenlaufe. Es werde intensiv versucht, in kommunalpolitischer Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung viele Dinge im politischen Raum zu halten, strukturiert vorzugehen und verschiedene Lebensbereiche zu besprechen, z. B. in der heutigen Ausschusssitzung das Thema ÖPNV. Die Vielzahl der Gegenstände mache es unmöglich, da in einem Ausschuss zusammenzukommen. Die gedankliche Arbeit komme aus dem ISEK.

Herr Poggel stellt fest, dass man heute keine Zauberformel habe und regt an, die Verwaltung zu bitten, die Dinge komprimiert zusammenzufassen.

Herr Meyer weist darauf hin, dass die gedankliche Arbeit in den Parteien stattfinde.

Herr Pape erklärt, dass das ISEK als Leitlinie dienen könne.

TOP 10 Bericht der Verwaltung

TOP 10.1 Klimakommune-Management

Herr Halbe informiert, dass heute der Förderbescheid vom Bundesumweltministerium eingegangen sei und heute der Vertrag mit Herrn Hentschel für weitere zwei Jahre bis zum 28.02.2015 unterzeichnet worden sei.

TOP 10.2 Sachgebietsleitung Kultur

Herr Halbe berichtet, dass nach erfolgter Ausschreibung der Stelle der Sachgebietsleitung Kultur Frau Dr. Andrea Brockmann am 01.04.2013 ihren Dienst bei der Stadt Schmallenberg als Nachfolgerin von Herrn Senger aufnehmen werde. Er erläutert das Ausschreibungsverfahren und die wesentlichen Punkte aus dem Lebenslauf von Frau Dr. Brockmann sowie die folgenden Tätigkeitsschwerpunkte der Stelle:

- Betreuung und Förderung der kulturellen, Kunst- sowie Brauchtumsvereine und einzelner Kunstprojekte,
- konzeptionelle Weiterentwicklung der Kulturarbeit,
- fachliche museale Leitung des Westfälischen Schieferbergbau- und Heimatmuseums Holthausen - Museum der Stadt Schmallenberg - mit einer Dauerausstellung auf 3.000 m² mit regelmäßig neu zu konzipierenden Sonderausstellungen, inhaltliche und gestalterische Weiterentwicklung des Museums an der Seite des ehrenamtlich geführten Museumsvereins, Konzeption von Ausstellungsschwerpunkten und -programmen sowie Betreuung der angegliederten Südwestfälischen Galerie.

TOP 10.3 Neuer Rundfunkbeitrag ab 2013

Herr Halbe teilt mit, dass sich die bisherigen GEZ-Gebühren 2012 auf 3.081,36 €/Jahr belaufen haben und der neue Rundfunkbeitrag 2013 3.523,32 €/Jahr betragen werde. Das seien Mehrkosten von 441,96 €/Jahr. Unklar sei noch, ob die Kindergärten weiterhin von der Gebührenpflicht befreit werden. Die Diskussion sei derzeit offen. Die Verwaltung würde sich den Kommunen, die gegen den neuen Rundfunkbeitrag vorgehen, anschließen.

TOP 10.4 Abfallbeseitigung

- **Standortwechsel der Betriebsstätten der Firmen Sita und Rema**
- **Grünschnittentsorgung**

Herr König berichtet, dass die Fa. Sita vom Talweg 4 in Schmallenberg auf das Gelände der ehemaligen Umladestation der Fa. Rema im Talweg 2 umziehen werde. Die Fa. Rema ziehe um zur Fa. re&wo in die Straße Hünegräben 21. Dort werde auch in Zukunft die Ausgabe der gelben Säcke sein.

Des weiteren informiert er, dass die Verwaltung im Gespräch mit der Fa. Rema/re&wo sei, dass diese im Frühjahr für drei bis vier Wochen einen Container zur Aufnahme von Grünschnitt bereitstelle.

TOP 10.5 Umsatzsteuer

Herr König berichtet über eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Thema Umsatzsteuer. Die Gerichtsentscheidung bedeute, dass sämtliche unternehmerischen Tätigkeiten privatrechtlicher Natur der Umsatzsteuer unterliegen. Die Folge sei, dass auch im öffentliche-rechtlichen Bereich Umsatzsteuer entstehe, wenn man im Wettbewerb zu Privaten stehe.

Für die Stadt Schmallenberg bedeute dies, dass z. B. die Leistungen der Rechnungsprüfung durch den Hochsauerlandkreis mit Umsatzsteuer zu belegen wären, ebenso würde gemeindeübergreifender Winterdienst steuerpflichtig. Zu der Thematik gebe es einen Arbeitskreis auf Bundesebene. Er kündigt an, dass in den Haushaltsplänen der kommenden

Jahre Positionen zu finden seien, die mit Umsatzsteuer belastet seien. Für die interkommunale Zusammenarbeit sei dieses Urteil ein großes Kreuz.

TOP 11 Verschiedenes

TOP 11.1 Wasserwerk

Herr Meyer bezieht sich auf eine Mailanfrage bezüglich der Privatisierung von Wasserwerken im Zusammenhang mit einer EU-Verordnung und fragt nach, welche Auswirkungen das für Schmallenberg habe.

Herr König bittet, für die Prüfung hierzu Zeit zu geben.

Herr Halbe erklärt, dass die Position der Stadt Schmallenberg die sei, am eigenen Wasserwerk festhalten zu wollen.